

**Postulat Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP): Verstärkte Präventionsbemühungen beim Jugenddienst der Stadtpolizei**

Seit 1995 existiert bei der Stadtpolizei ein Jugenddienst, der bei der Kriminalpolizei angesiedelt ist. Dieser Jugenddienst wurde letztes Jahr personell verstärkt, was begrüssenswert ist – aber der Fokus bei diesem Jugenddienst liegt vor allem bei der Repression, die Gewaltprävention bildet nur einen kleinen Anteil in der Arbeit dieses Jugenddienstes. Unseres Erachtens wurde damit eine Chance verpasst.

Es ist effektiv nicht zuzuwarten, bis ein Jugendlicher strafbare Handlungen begeht und in die Mühlen der Justiz gerät, sondern das vorausgehende Problemverhalten anzugehen. Fachleute sind sich denn auch einig, dass man mit der Prävention nicht früh genug beginnen kann. Diese Erkenntnis hat die niederländische Stadt Eindhoven 1992 dazu bewogen, das so genannte Jugend-Präventions-Projekt JPP ins Leben zu rufen. Bei diesem wurde zunächst definiert, was als – sichtbares und verdecktes – Problemverhalten verstanden wird. Mit einer proaktiven Vorgehensweise der Polizei aber auch unter der Mithilfe von Schulen, Freizeiteinrichtungen oder Eltern wird anschliessend versucht, ein solches Problemverhalten zu erkennen. Anschliessend erfolgt die Taxation des Falles durch die Polizei zusammen mit der Familie, worauf der Fall an die Jugendhilfe weitergeleitet wird, welche den auf einen Fall zugeschnittenen Arbeitsplan entwirft, den alle Beteiligten umsetzen. So kann bei Jugendlichen Problemverhalten frühzeitig erkannt und in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe gezielt interveniert werden. Wichtig hierbei ist eine interdisziplinäre Zusammenarbeit. Eine wissenschaftliche Untersuchung dieses Projekts ergab ein derart positives Zwischenergebnis, dass sich die beteiligten Institutionen dazu entschlossen haben, das Projekt über den ursprünglich geplanten Drei-Jahres-Zeitraum hinaus fortzusetzen.

Bei der Stadtpolizei Zürich wurde ein ähnliches Konzept erarbeitet und umgesetzt.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, in diesem Zusammenhang folgende Massnahmen zu prüfen:

1. in welcher Art und Weise im Jugenddienst der Stadtpolizei ein Präventionskonzept erarbeitet werden kann, das sich am JPP von Eindhoven orientiert und die Verhältnisse der Stadt Bern berücksichtigt,
2. wie ein solches Konzept umzusetzen ist sowie
3. speziell geschulte Jugendpolizistinnen und Jugendpolizisten einzusetzen.

Bern, 05. Juli 2007

*Postulat Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP), Andreas Zysset, Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Gisela Vollmer, Ursula Marti, Miriam Schwarz, Rolf Schulen, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Christof Berger, Ruedi Keller, Beni Hirt, Stefan Jordi, Thomas Göttin, Michael Aebersold, Giovanna Battagliero*

## **Antwort des Gemeinderats**

Innerhalb einer Reorganisation der Kriminalpolizei wurde der Jugenddienst der Stadtpolizei um eine Person verstärkt. Ziel dabei war es, die Kernaufgaben des Jugenddienstes, die Ahndung von Vergehen und Verbrechen Jugendlicher, weiterhin mit gleicher Professionalität erledigen zu können, ohne andere Aufgaben zu vernachlässigen. Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung konnten vor der personellen Aufstockung z.B. nicht mehr so häufig präventive Patrouillen an neuralgischen Jugendtreffpunkten in der Stadt gemacht werden.

Das im Postulat erwähnte Jugendpräventionsprojekt und insbesondere die Zürcher Adaption sind der Stadtpolizei bekannt. Ein frühzeitiger Beizug der Polizei durch Jugendamt, Schulleitungen, Schulsozialdiensten, Erziehungsdirektion etc. bei Jugendlichen mit Verhaltensauffälligkeiten zum Zweck der Prävention ist ein interessanter Ansatz, es gilt aber zu bedenken, dass bereits heute eine Zusammenarbeit zwischen den erwähnten Behörden und der Polizei erfolgt. So werden heute konkrete Problemfälle an Schulen im Kaskadenmodell gehandhabt, was verkürzt wie folgt zusammengefasst werden kann: In leichten Problemfällen (Beschimpfungen, Rangeleien etc.) ergreifen die Schulen interne Massnahmen, bei schweren Vorfällen (schwere Verhaltensauffälligkeiten, Tötlichkeiten, Verletzungen, etc.) werden weitere Behörden involviert. Die Polizei kommt dabei meistens erst beim Verdacht auf strafbare Handlungen zum Einsatz bzw. wenn ein Delikt vorliegt. Ein frühzeitiger Beizug der Polizei würde demnach eine Anpassung des Kaskadenmodells verlangen.

Zudem muss beachtet werden, dass ein zusätzlicher Ausbau der Präventionstätigkeiten erst nach dem Zusammenschluss von Stadt- und Kantonspolizei wirksam wäre. Demnach müsste zuerst bei der Kantonspolizei angefragt werden, ob die entsprechenden Kapazitäten vorhanden sind. Bei Zustimmung hätte dies eine Änderung des Ressourcenvertrags der Stadt Bern mit der Kantonspolizei zur Folge (zusätzlicher Einkauf von personellen Ressourcen).

Der Gemeinderat ist gewillt, die Möglichkeiten einer vertieften Zusammenarbeit zu prüfen, die Vor- und Nachteile eines solchen Modells zu erörtern und bei der fusionierten Polizei die zur Verfügung stehenden Ressourcen für zusätzliche Präventionsmassnahmen im Jugendbereich abzuklären.

## **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 20. November 2007

Der Gemeinderat